

Das doppelte Tunesien

Ein Land zwischen Restauration und sozialer Revolte

Unter Präsident Zine el-Abidine Ben Ali, der am 14. Januar aus dem Amt gejagt wurde, schien Tunesien ein Monolith des Schweigens zu sein. Sicher, es gab Ausnahmen: den Aufstand in der Phosphatregion Gafsa im Jahr 2008, die Unruhen in Ben Guerdane, aber über all dem lag die bleierne Decke der Repression. Doch nun gibt es zwei Tunesien: das offizielle Tunesien der Übergangsregierung mitsamt dem Wirtschaftsapparat – und das Tunesien des sozialen Aufbegehrens. Wer am Ende die Oberhand behalten wird, lässt sich noch nicht sagen. Mitte Juli zerschlugen Polizei und Militär die „Kasbah 3“ genannte dritte sozialrevolutionäre Mobilisierung. Doch schon im August erschütterten neue Proteste das Land.

Mit dem Ausbruch der tunesischen Revolution begann der Zerfall von Partei, Polizei und zahlreichen staatlichen Institutionen. Als im ersten Quartal 2011 überall Unruhen, Streiks und Demonstrationen ausbrachen, stürzte eine Übergangsregierung nach der anderen. Doch seit Mai 2011 bildet sich eine neue Lage heraus: Es entsteht ein offizielles Tunesien, bestehend aus der Übergangsregierung, Parteiresten und neuen Parteien, dem Militär und der alten politischen Polizei, aus Wirtschaftseliten und PlanerInnen, gestützt von Think Tanks, internationalen Geldgebern und einem neuen Netzwerk internationaler Beziehungen. Daneben existiert ein Tunesien der sozialen Unruhe. Wie nie zuvor prägen Lokalaufstände, Straßenblockaden und Streiks das Land.

Zwischen diesen beiden Tunesien gibt es fast keine Verständigung mehr. Konfrontationen und Verhaftungen folgen dicht aufeinander, aber daneben entstehen unerhörte Freiräume: Es gibt Stadtteile und Städte, aus denen Polizei und Militär vollständig abgezogen werden (ohne dass die Bevölkerung die Stadtregierung übernehmen würde). Es gibt Fabriken, in denen sich kein Chef und kein Manager mehr blicken lässt, in denen die Leute alles Mögliche abschrauben und wegtragen (ohne dass die Arbeitenden die Fabriken in Selbstverwaltung übernehmen würde). Dann folgt die Repression. Polizei und Militär rücken ein, sie überziehen die Stadtteile mit Razzien, verschießen massenhaft Tränengas und erschießen immer wieder DemonstrantInnen. Regionale nächtliche Ausgangssperren werden verhängt. Der Ausnahmezustand, der für das ganze Land gilt, wird immer wieder verlängert.

Noch werden die Unruhen nicht von einer umfassenden Sozialpolitik eingedämmt, sondern vor allem mit Gewalt in Schach gehalten. Dennoch gibt es einige sozialpolitische Maßnahmen: Die Grundnahrungsmittel werden in Rekordhöhe subventioniert; allein in diesem Jahr werden dafür Kosten von 1,6 Milliarden Euro veranschlagt. 100.000 Arbeitslose, vor allem Uni-AbsolventInnen, erhalten allmählich ein Arbeitslosengeld von ungefähr 100 Euro monatlich; 600.000 registrierte Arbeitslose gehen dagegen bislang leer aus. Aber in den kommenden Wochen sollen große Beschäftigungsprogramme starten. Außerdem rechnen tunesische Regierungs- und Wirtschaftskreise damit, dass sich TunesierInnen im großen Umfang am Wiederaufbau Libyens beteiligen werden. Die Migration Richtung Libyen könnte sprunghaft auf 200.000 Personen steigen.

Inwieweit diese Maßnahmen greifen werden oder wie sich das soziale Aufbegehren entwickeln könnte, ist derzeit nicht abzuschätzen. Tunesische Planungsinstitute rechnen damit, dass die Wirtschaft die nächsten fünf Jahre stagnieren wird. Allerdings lässt sich sagen, dass sich die lokalen Unruhen und das Geschehen in Tunis in ihrer Dynamik einander mehr und mehr annähern.

Tunis, Platz vor dem Regierungssitz, 15. Juli 2011. Die „Kasbah 3“, ein neuer Sitzstreik unzufriedener Jugendlicher vor allem aus dem Landesinnere ist angelaufen. Polizei und Militär marschieren auf, sie schlagen zu, es gibt viele Verletzte. DemonstrantInnen flüchten in eine Moschee. Als die Polizei acht Stunden später mit Tränengas und Schlagstöcken dort eindringt, wird das Innere der Moschee durch Wurfgeschosse beschädigt. Die Polizei habe alkoholische Getränke bei der Räumung beschlagnahmt. Soldaten ziehen StudentInnen, die sie festnehmen, sofort zum Armeedienst ein, führen sie ab und foltern sie. JournalistInnen erhalten Polizei-Prügel, ihre Gewerkschaft kündigt eine Klage gegen den Innenminister an. Interviewte DemonstrantInnen des aufgelösten Sit-Ins verorten sich politisch links, aber die linken Parteien und die Gewerkschaftsspitze distanzieren sich von ihnen. Die Regierung stellt sie als gefährliche IslamistInnen dar.

Am Folgetag kommt es in Sidi Bouzid und an vielen anderen Orten zu schweren Ausschreitungen. In Sidi Bouzid im Landesinneren hatte die tunesische Revolution am 17. Dezember 2010 begonnen, und von dort stammten manche DemonstrantInnen des Sit-Ins „Kasbah 3“. Nun schießt die Polizei erneut scharf, ein 14-Jähriger stirbt in Sidi Bouzid. In der Nacht errichten DemonstrantInnen Barrikaden aus brennenden Reifen und verteidigen sich mit Molotow-Cocktails und Steinen. Sie zerstören den Fuhrpark des Rathauses, verbrennen Papiere aus dem Rathaus und zünden drei Militärtransporter an. Für die Folgenacht wird eine Ausgangssperre über die Region verhängt.

Gleichzeitig beginnen Unruhen in Menzel Bourguiba, einem 50.000-Seelen-Ort 60 Kilometer vor Tunis. DemonstrantInnen zünden die Polizeistation an, stürmen Einkaufszentren, das Finanzamt und die nationale Krankenkasse und versuchen, im Gericht Feuer zu legen. Am 18. Juli ziehen Militär und Polizei große Kräfte in dem Städtchen zusammen. Gegen 22 Uhr beginnen sie mit Ausfällen in die Armenviertel. Doch die DemonstrantInnen errichten Barrikaden; zeitweise gelingt es ihnen, die Innenstadt wieder einzunehmen. Während der Straßenkämpfe gehen Hochzeitsfeste auf den Dächern der Häuser weiter. Am Morgen werden nur noch zwei Militärfahrzeuge in der Innenstadt gesichtet. In denselben Nächten kam es auch in der Cité El Intilaka in Tunis und in den Orten J'beniana, Kairouan, Sousse, Hammam Ghezaz, Sers, Negra, El Agba (La Manouba), Sidi Béchir, Regueb und im weiteren Städten zu Unruhen.

Später muss sich das Militär öffentlich dafür rechtfertigen, dass Protestierende der „Kasbah 3“ von der Straße weg zum Militärdienst eingezogen wurden, doch es kommt damit durch. Es folgt ein weiterer Paukenschlag: Verhaftete DemonstrantInnen aus Menzel Bourguiba sollen vor Militärtribunale gestellt werden.

Seit der Flucht Ben Alis hat eine unkoordinierte Streikwelle das gesamte Land erfasst. In den Großfabriken versprochen die Unternehmer erhebliche Lohnerhöhungen (ca. 20 Prozent), hielten die Absprachen dann aber oftmals nicht ein. Daher kam es zu weiteren Streiks. Insgesamt will es mit dem ökonomischen Neustart bis heute nicht so richtig klappen. EU-VertreterInnen mahnen an, dass der Kündigungsschutz gelockert und die Rahmenbedingungen für Investitionen kapitalfreundlicher gestaltet werden sollten.

Vor allem die Niedriglohnssektoren der Textil- und Lederverarbeitung, in denen die Beschäftigten aber oft betrieblich organisiert sind, verzeichnen Einbrüche, während die Billiglohn-Arbeit in Klitschen und der Agrarexport wachsen. Ende Juli setzte die ehemalige Einheitsgewerkschaft UGTT (Union Générale Tunesienne du Travail) für 1,5 Millionen Beschäftigte des Privatsektors eine Lohnerhöhung von 5 Prozent für 2011 durch. Neue, unabhängige Gewerkschaften fordern wesentlich mehr. Sie legten im August die Verkehrsbetriebe der Hauptstadt Tunis lahm.

Zu den betriebsinternen Kämpfen kommen die Blockaden an Werktoeren und auf den Durchgangsstraßen: Die Bevölkerung der umliegenden Gebiete verlangt, dass Leute aus dem Umkreis eingestellt werden, und unterstützt die Lohnkämpfe. Arbeitslose besetzen, unterstützt von der gesamten lokalen Bevölkerung, zentrale Verkehrsbrücken und drohen, sie zu sprengen, falls keine Einkommensperspektive angeboten wird.

In den Phosphatabbaugebieten bei Gafsa in Zentraltunesien, die über 2,6 Prozent des Bruttosozialprodukts erbringen, kam es 2008 zu einem einsamen, politisch isolierten halbjährigen Aufstand. Nun beteiligt sich die Bevölkerung an den postrevolutionären Blockaden der Phosphatförderung und des -transports. Am 4. Juli legten 32 Personen die Arbeit der Phosphatgesellschaft in Borj Akarema vollständig lahm. Die meisten von ihnen waren als AnführerInnen des 2008-Aufstands zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Ihre soziale Situation ist nach wie vor katastrophal. Nach und nach schloss sich die Region rund um Gafsa den Blockaden an. Die Ausfuhr von Phosphatprodukten ist im laufenden Jahr um 50 Prozent zurückgegangen.

Straßenblockaden überzogen in den letzten Monaten das gesamte Land. Sie sind Ausdruck eines heftigen sozialen Überlebenskampfes, den die Beteiligten führen. In diesem Aspekt beginnt die anhaltende Sozialrevolte Tunesiens derjenigen in Algerien zu ähneln. Auch mag man an die Kämpfe der Piqueter@s in Argentinien denken, die dort nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft vor zehn Jahren begannen.

Besonders unruhig ist die Lage in den südlichen Landesteilen, die an Libyen angrenzen. Das Gaddafi-Lager hatte dort in den vergangenen Monaten riesige Mengen (subventionierter) Lebensmittel, Benzin und andere Produkte aufgekauft und Tunesien so ein Exporthoch beschert. Die Kette vollbeladener LKWs Richtung Libyen riss nicht ab. Doch dadurch kam es in Südtunesien zu Versorgungsengpässen, die wiederum Proteste auslösten. Die Bevölkerung in den Kleinstädten der Region sieht kaum etwas von den Exportgewinnen. Diese Region, die zeitweise bis zu 900.000 Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen hat, ist auf vielfältige Weise mit dem Nachbarland verbunden und wurde von der Regierung in Nordtunesien stets mit Misstrauen betrachtet und kontrolliert. Für die heimliche Boots-Emigration nach Europa bieten die südtunesischen Regionen nicht nur den Vorteil der geographischen Nähe zu Lampedusa. Die dortigen Häfen sind weniger staatlich kontrolliert; sie gehören den informellen Ökonomien.

Die neue politische Klasse distanziert sich von den Unruhen, den Streiks und der heimlichen Emigration. Sie bereitet sich auf die Wahlen der verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober vor. Kredite des IWF und der G8-Länder werden solange zurückgehalten, auch die Unternehmen warten mit Investitionen in Tunesien ab. Nur die Golfstaaten bleiben mit der Finanzierung künftiger Großprojekte bei der Stange. Die drei etwa gleich großen Säulen des Tourismus sind vorübergehend eingebrochen: der europäische Tourismus um 40 Prozent, der algerische Tourismus wegen hetzerischer Kampagnen sogar um über 90 Prozent, und statt der etwa 900.000 libyschen TouristInnen, die normalerweise Geld ins Land bringen, kamen etwa ebenso viele libysche und subsaharische Flüchtlinge, die von Staat und

Bevölkerung versorgt werden mussten. Am 28. Juli verfügte Tunesien noch über kontinuierlich gehaltene Devisenreserven von 10,647 Millionen Dinar (ca. 5,4 Millionen Euro); dennoch stuft die Ratingagentur Standard and Poor's das Land am 29. Juli von „BBB stabil“ auf „BBB negativ“ herab.

Die aktuelle Übergangsregierung kann sich zwar halten, scheitert aber immer wieder mit angekündigten Vorhaben. Sie hat keine flächendeckenden Sozialprogramme aufgelegt und nicht wie angekündigt die politische Polizei zerschlagen. Diese kommt vielmehr offensichtlich zum Einsatz. Es ist wahrscheinlich, dass die Regierung bezahlte Schläger der politischen Polizei in die Unruhen hineinschickt. Der Protest soll diskreditiert und um die Orientierung gebracht werden. Als Ordnungsmacht empfiehlt sich überall die Ennahda, die gemäßigte Islamistenpartei.

Doch der soziale Druck wächst. Zunächst war die Übergangsregierung nicht gegen die Lokaldespoten vorgegangen und hat die Ben-Ali-Clique nicht glaubhaft zur Rechenschaft gezogen. Lediglich die alte Regierungspartei Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) wurde am 9. März 2011 verboten. Doch nun häufen sich Prozesse gegen Ben Ali und seine Familie. Auch im Fall der versuchten Niederschlagung der Unruhen in Kasserine und Talla wird ermittelt; zwischen Ende Dezember 2010 und dem 12. Januar 2011 richteten Spezialeinheiten der Polizei dort ein Blutbad an. Nun wurden 900 AugenzeugInnen vernommen, 300 Geschädigte sollen gehört werden.

Ob es zu einem gesellschaftlichen Kompromiss kommen wird, der für Ruhe im Land sorgt, ist nicht sicher. Zwar darf eine neue politische Klasse an die Macht, aber die Wirtschaftsstrukturen (jenseits des Besitzes der Ben-Ali-Clique) werden nicht angetastet und die staatlichen Verbrechen der Vergangenheit nicht aufgearbeitet. Die Bevölkerung der Banlieues von Tunis und der Städte des Landesinneren, die jungen Arbeitslosen und die Entlassenen, die MigrantInnen und Boat-people wurden nicht gefragt.

Als im Juli und August Ermittlungsverfahren gegen polizeiliche Spezialeinheiten niedergeschlagen wurden, die die Revolution in Blut hatten ertränken wollen, war das Maß nicht nur bei den Angehörigen der Erschossenen voll, sondern auch bei vielen AnwältInnen und einigen Richtern. Auch ein hohes Mitglied der Ben-Ali-Clique konnte sich ins Ausland absetzen, obwohl er bald vor Gericht erscheinen sollte. Schließlich musste die UGTT Farbe bekennen. Zeitweise hatte sie sich an der Übergangsregierung beteiligt; in den Arbeitskämpfen verlor sie rapide an Glaubwürdigkeit. So entstand ein Bündnis, das an den revolutionären Aufstand im Januar erinnerte: AnwältInnen, GewerkschafterInnen, Intellektuelle schlossen sich kurzzeitig wieder den Unruhen der Armen im ganzen Lande an. Am 15. August kam es in allen Städten zu großen Demonstrationen. Die Proteste gegen die Straflosigkeit verbanden sich mit dem sozialen Unmut. „Ben Ali ist in Saudi-Arabien, und sein Clan ist noch immer hier!“ skandierten die DemonstrantInnen vor dem Innenministerium, bevor sie mit Knüppeln und Tränengas auseinandergejagt wurden.

Die Erschütterungen, die von diesem 15. August ausgingen, waren enorm. Der geordnete Übergang und die Oktober-Wahlen schienen in Gefahr. Gerüchte machten die Runde, dass nach den Sommerferien im September die Schulen nicht geöffnet würden. Erstmals wechselten ausländische Unternehmerverbände in Tunesien ihre öffentliche Einschätzung. Sie hatten stets Werbung für neue Investitionen gemacht, doch nun gaben sie Warnungen an ihre Klientel heraus. Doch inzwischen hat das offizielle Tunesien wieder Tritt gefasst. Die AnwältInnen, die Intellektuellen und die UGTT haben sich wieder auf das Parkett der Wahlvorbereitungen und politischen Aushandlungen begeben. Die „unpolitischen“ Unruhen der Armen werden

weitergehen, das zweite Tunesien könnte zum wahren politischen Erbe der Revolution werden.

Die Botschaft der sozialen Revolution in Tunesien und den arabischen Ländern wurde im Frühjahr in Spanien und Griechenland offensiv aufgegriffen. Die Proteste auf der Puerta del Sol (Madrid) und dem Syntagma-Platz (Athen) kündeten davon, dass sich die arabischen Rebellionen mit den Krisenbewegungen in Südeuropa verbünden könnten. Im September finden internationale Treffen rund ums Mittelmeer statt, im Oktober startet die Aktion „Boats 4 people“ (siehe Seite 12). All das verspricht eine wachsende Vernetzung und Verabredung übers Mittelmeer hinweg.

Helmut Dietrich

Über die „zweite Welle“ sozialer Kämpfe in Tunesien schrieb Helmut Dietrich in *ak* 561.